

<sup>8</sup> Vgl. hierzu die Analyse der Welt von Pseudorealitäten bei Daniel J. Boorstin, *Das Image*, deutsche Ausgabe (Hamburg 1964).

<sup>9</sup> Vgl. E. Noelle-Neumann, *Umfragen in der Massengesellschaft* (Hamburg 1963) 32ff.

<sup>10</sup> Zum Begriff der Rückkoppelung vgl. Stafford Beer, *Cybernetics and Management* (London 1959) Kapitel 4.

<sup>11</sup> Georg Picht, *Prognose, Utopie, Planung* (Stuttgart 1967).

<sup>12</sup> Erste Ansätze einer kirchlichen Kybernetik bei Klaus Meyer zu Utrup, *Die Bedeutung des Alten Testaments für eine Transformation der Kirche heute = Theologische Existenz heute* 135 (München 1966); Jürgen Seetzen, *Entwicklung zu einer allgemeinen Systemtechnik: Pastoraltheologie*, 56. Jahrg., Heft 4.

*Weitere Literatur:*

Klemens Brockmöller, *Industriekultur und Religion* (Frankfurt 1964); Peter Brückner, *Freiheit, Gleichheit, Sicherheit - Von den Widersprüchen des Wohlstands* (Frankfurt 1966); Jean Fourastié, *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, dt. (Köln 1954); ders.,

*Die große Metamorphose des 20. Jahrhunderts*, dt. (Düsseldorf 1964); Arnold Gehlen, *Anthropologische Forschung = rde* 138 (Hamburg 1964); ders., *Die Seele im technischen Zeitalter = rde* 53 (Hamburg 1961); Vance Packard, *Die wehrlose Gesellschaft*, dt. (Düsseldorf 1964); Lübke, Karus, Angerer, Lohff, Moltmann, *Modelle der Gesellschaft von morgen* (Göttingen 1966); Paulus Engelhardt, *Der Mensch und seine Zukunft: Festschrift für Max Müller* (Freiburg 1966); Hans-Georg Gadamer, *Notes on Planning for the Future: Daedalus* (Spring 1966).

CHRISTOPH WAGNER

Geboren am 8. September 1919 in Berlin, Katholik. Er studierte an der Freien Universität Berlin, an den Colleges von Oberlin und Colorado (USA), an den Universitäten Heidelberg und Würzburg, ist Doktor in Philosophie und seit 1964 Betriebsberater. Er veröffentlichte: *Arbeitsteilung und Kirche: Pastoralblatt* 12 (Köln 1967).

Aldo Ferrer

## Der Welthandel und die internationale Entwicklungshilfe

Reflexionen über die Enzyklika  
«Populorum progressio»<sup>1</sup>

### *1. Der technische Fortschritt und die Interdependenz der Nationen im Handel*

Der Handel ist, historisch gesehen, das Hauptelement der gegenseitigen Abhängigkeit der Nationen. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist der internationale Handel und infolgedessen die Interdependenz zwischen den Nationen rasch gewachsen. Trotzdem sind die unterentwickelten Länder zum großen Teil von diesem Wachstum ausgeschlossen geblieben, und ihr Anteil am Welthandel hat merklich abgenommen. Während 1950 der Wert der Exporte der wirtschaftlich unterentwickelten Länder 32% des gesamten Welthandels betrug, war 1962 der Anteil auf 21% gesunken. Im gleichen Zeitabschnitt stiegen die Exporte der wirtschaftlich entwickelten Handelsländer von 60% auf 66% und die der Länder mit Planwirtschaft von 8% auf 13%.<sup>2</sup>

Die Hauptursache dieses tiefen Absinkens des relativen Anteils der Exporte der unterentwickelten Länder ist darauf zurückzuführen, daß diese Ausfuhren zu 90% in Nahrungsmitteln und Rohstoffen bestehen, und auf das langsame Anwachsen

dieser Güter. In der Tat bestanden 1961 die Exporte der unterentwickelten Länder zu 90% in Primärerzeugnissen, deren Zunahme zwischen 1955 und 1961 jährlich nur 2,2% betrug. Die Gesamtexporte von Fertigprodukten hingegen, von denen die unterentwickelten Länder bloß 4% liefern, nahm auf der Welt jährlich um 8,7% zu. Man nimmt an, daß die Tendenzen der Periode 1955-1961 in weitem Maße die Bewegung des Welthandels widerspiegeln.<sup>3</sup>

Die Gründe, warum die Ausfuhren von Primärerzeugnissen, die aus den unterentwickelten Ländern kommen, nur langsam zunehmen, sind in der modernen Literatur über die Wirtschaftsentwicklung ausführlich analysiert worden. Die Ursachen schließen Faktoren in sich wie die geringe Zunahme der Nachfrage nach Lebensmitteln, die Ersetzung von Rohstoffen wie Wolle, Baumwolle, Kautschuk und Leder durch synthetische Produkte, die Verminderung des Anteils der für Fertigwaren benötigten Rohstoffe infolge der durch den technischen Fortschritt erzielten vermehrten Produktivität und die Ersetzung einzelner Produkte durch andere (wie die zunehmende Verwendung des Aluminiums anstelle anderer Metalle), die die Exporte gewisser Erzeugnisse aus den unterentwickelten Ländern beeinträchtigt haben.

Alle diese Faktoren sind durch den technischen Fortschritt bedingt und durch die Veränderungen in der Zusammensetzung der Nachfrage, der entsprechend die Einfuhr wächst. Sie sind aber noch verstärkt worden durch die protektionistische Politik, die die Industriestaaten befolgen, um ihre eigene Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu schützen und zu fördern. Dies hat die Nachfrage nach Importen von Primärerzeugnissen aus den unterentwickelten Ländern absinken lassen.

Andererseits wurden in der Produktivität der Urerzeugung (z. B. in der Landwirtschaft) der entwickelten Länder rasche Fortschritte erzielt, wodurch sie nicht nur einen größeren Teil ihrer Nachfrage selber zu bestreiten, sondern zudem ihre Exporte zu steigern vermochten. Auf diese Weise kommt es zur paradoxen Tatsache, daß die Expansionsrate der Exporte von Primärerzeugnissen aus den industrialisierten Ländern der Handelswirtschaft zwischen 1955 und 1961 mehr als doppelt so hoch ist (5,2%) als die Rate, die den Exporten dieser Produkte aus den unterentwickelten Ländern entspricht (2,2%). Schließt man aus deren Ausfuhren das Erdöl aus, so ist die Differenz noch größer (5,2% gegen 0,8%).<sup>4</sup>

Auch im Manufakturwarenhandel übersteigt die Expansionsrate der Einfuhren aus den industrialisierten Ländern die aus den unterentwickelten Ländern. Dies ist darauf zurückzuführen, daß bei den Ausfuhren der unterentwickelten Länder feine Fertigfabrikate, hauptsächlich Textilien, den Großteil ausmachen, während bei den Exporten der Industrieländer die Erzeugnisse der Maschinenindustrie und der chemischen Industrie dominieren, bei denen die höchsten Wachstumsraten zu verzeichnen sind.

Die angedeuteten Tendenzen weisen mit aller Klarheit darauf hin, daß der Welthandel sich rasch in den Ländern mit entwickelter Handelswirtschaft und Planwirtschaft konzentriert. 1961 lieferten diese 96% des Weltexports an Manufakturwaren und 64% des Weltexports an Primärerzeugnissen. Die Anteile haben seit 1955 zugenommen, und wenn es sich bei der Vergleichsperiode auch um einen nur kurzen Zeitabschnitt handelt, so ist man doch der Ansicht, daß die dabei beobachteten Tendenzen in weitem Maß den Gang des Welthandels widerspiegeln.

Es folgt daraus, daß die Komplementarität zwischen den nationalen Ökonomien mehr zwischen den auf die Primärproduktion ausgerichteten Ländern einerseits und den Industrieländern andererseits besteht. Dies war der Typus der internationalen Arbeitsteilung, die in der Weltwirtschaft seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bis zur großen Wirtschaftskrise von 1930 bestanden hatte. Unter den heutigen Umständen hingegen «ist der Grad der <Komplementarität> größer zwischen den Ländern, die sehr differenzierte industrielle Strukturen haben. Die äußerste Differenzierung der Produkte und Arbeitsprozesse schafft bestimmte Handelsmöglichkeiten für die Erzeugnisse, die statistisch zum gleichen Typus gerechnet werden;

diese Klasse von <Komplementarität> wurde als <intraindustrielle Spezialisierung> definiert. In den sehr differenzierten Industriestrukturen erfolgen beständig Veränderungen und Neuerungen, die den Kreis des Handels erweitern».<sup>5</sup>

Diese Tendenzen des Welthandels beeinträchtigen erheblich die Entwicklungsaussichten der unterentwickelten Länder und ihre Möglichkeit, an den Früchten des heutigen technischen Fortschritts zu partizipieren. Unter den bis 1930 herrschenden Umständen gestattete der Welthandel den in der Primärproduktion spezialisierten Ländern einen gewissen Anteil an den Früchten des technischen Fortschritts, der sich damals noch zum großen Teil auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und auf komplementäre Tätigkeiten konzentrierte. Es kam sodann zur Welthandelskrise der dreißiger Jahre und zu der vom zweiten Weltkrieg hervorgerufenen Isolierung. Als nach 1945 der Welthandel wiederum seine historische Rolle als Übermittler des technischen Fortschritts und Förderer der Interdependenz zwischen den Nationen zu spielen begann, blieben die unterentwickelten Nationen am Rande des Prozesses, und der Welthandel wurde zu einer Betätigung, die in steigendem Maß den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern vorbehalten blieb.

Wenn es stimmt, daß das Hauptproblem dieses letzten Drittels des zwanzigsten Jahrhunderts die Überwindung der unerträglichen Lage ist, mit der sich zwei Drittel der Menschheit herumschlagen, so wird die Analyse des Handels der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder im umfassenderen Kontext der internationalen Zusammenarbeit vorzunehmen sein, damit die Unterentwicklung überwunden wird und die ganze Menschheit ohne Ausnahme in vollere Maß an den Früchten des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts partizipieren kann, der in den fortgeschrittenen Ländern zu hohen Stufen des Wohlstands und der schöpferischen Fähigkeit in allen Bereichen des persönlichen Lebens und der sozialen Tätigkeit geführt hat.

Vor kurzem hat die Enzyklika «*Populorum progressio*» unter anderen Aspekten die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit zur Überwindung der Unterentwicklung analysiert. Sie bietet meiner Ansicht nach einen ausgezeichneten Bezugsrahmen, um die Probleme des Außenhandels der Entwicklungsländer im weiteren Zusammenhang der Beziehungen zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern zu behandeln. Ich nehme mir deshalb vor, die mit der internationalen

Zusammenarbeit für die Entwicklung zusammenhängenden Aspekte des Rundschreibens zu untersuchen und dabei auch die Probleme des Außenhandels der unterentwickelten Länder mitzubehandeln.

## 2. Die Enzyklika und das Problem der Unterentwicklung<sup>6</sup>

An erster Stelle ist von der Bedeutung zu sprechen, die die Enzyklika der Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der unterentwickelten Welt beimißt. Sie sagt hierüber: «Heute ist – darüber müssen sich alle klar sein – die soziale Frage weltweit geworden» (3). Und sie fügt hinzu: «Entwicklung ist der neue Name für Friede», denn «die zu großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unterschiede unter den Völkern rufen Spannungen und Zwietracht hervor und bringen den Frieden in Gefahr» (76). «Jeder sei davon überzeugt: Es geht um das Leben der armen Völker, es geht um den inneren Frieden in den Entwicklungsländern, es geht um den Frieden der Welt» (55).

Die Botschaft Pauls VI. reflektiert die unerträgliche Lage, mit der sich zwei Drittel des Menschengeschlechtes herumzuschlagen haben, und die ersten Gefahren, die diese Situation für den Weltfrieden heraufbeschwört. Verschiedene Beobachter der internationalen Szene haben ebenfalls die Gefährdung des Friedens innerhalb der Staaten und die der zwischenstaatlichen Ordnung mit den Spannungen in Zusammenhang gebracht, die sich aus der Unterentwicklung ergeben. Die Dringlichkeit der Papstbotschaft erhält ihr volles Gewicht, wenn man in Rechnung stellt, daß die im Streite liegenden Nationen zum erstenmal in der Geschichte ihre Konflikte nicht dadurch lösen können, daß sie zum letzten Mittel der bewaffneten Auseinandersetzung greifen. Die Zerstörungsgewalt der Atomwaffen stellt nicht nur sogar das Überleben des Menschengeschlechtes in Frage, sondern verhütet auch, daß die Großmächte zum Krieg Zuflucht nehmen, um die Konflikte zwischen ihnen zu lösen. Gleichzeitig aber – und ebenfalls zum erstenmal in der Geschichte – ist es möglich, den Hunger, die Unwissenheit und die andern Geißeln, die die Lage der Menschheit beeinträchtigen, endgültig und in relativ kurzer Frist zum Verschwinden zu bringen. Die Produktionskapazität, die mit dem von der heutigen Wissenschaft und Technik erreichten Niveau und mit den auf Weltenebene zur Verfügung stehenden Mitteln gegeben ist, würde es erlauben, eine gewaltige Anstrengung

zu wirtschaftlichem Aufschwung in die Wege zu leiten, die die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Industriegütern sowie die Leistung der Gesundheits- und Erziehungsinstitutionen rasch erhöhen würde. Wir werden weiter unten diese Möglichkeiten abzuschätzen suchen.

Die Enzyklika schlägt ein Bündel von Maßnahmen vor, die die unterentwickelten Länder und die ganze internationale Gemeinschaft sich gleichzeitig zu eigen machen sollten. «Die Völker selbst tragen an erster Stelle die Verantwortung für ihren eigenen Fortschritt. Aber sie werden das Ziel nicht in der Isolierung erreichen. Regionale Übereinkünfte unter den schwachen Völkern zu gegenseitiger Unterstützung, umfassendere Hilfeleistungsabmachungen, umfassendere Verträge zwischen den Partnern für gemeinsame Programme sind die Stufen auf dem Weg zur Entwicklung, der zum Frieden führt» (77).

Für den Fachmann für Fragen, die mit der internationalen Zusammenarbeit für die Entwicklung zusammenhängen, sind die Vorschläge des Rundschreibens von einzigartiger Bedeutung. Sie erreichen einen hohen Grad praktischer Anwendbarkeit und geben die von der modernen Theorie der Wirtschaftsentwicklung gewonnenen Erkenntnisse und die seit dem Ende des letzten Weltkrieges auf diesem Gebiet gesammelten Erfahrungen wieder. Die Vorschläge enthalten zwei Hauptaspekte: einerseits ein Programm zu konkreten Maßnahmen, andererseits die Grundsätze, die bei der Durchführung dieser Maßnahmen einzuhalten sind.

## 3. Das Programm zu internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe

Beginnen wir mit den konkreten Maßnahmen. Sie erstrecken sich auf folgende Punkte: die Bildung eines großen «Weltfonds» für die Finanzierung der Entwicklung; die Bedingungen für die Darlehen zur Entwicklung; die wirtschaftliche Integration zwischen verschiedenen Ländern des gleichen Gebietes und die Maßnahmen, die sich auf den internationalen Handel beziehen. Wir befassen uns kurz mit jedem dieser Vorschläge.

a. *Bildung eines großen Weltfonds.* Die Enzyklika schlägt vor, ein solcher Fonds solle «durch einen Teil der für militärische Zwecke ausgegebenen Gelder aufgebracht werden». Und sie fügt hinzu: «Was für den unmittelbaren Kampf gegen das Elend gilt, das gilt auch für die Entwicklungshilfe. Nur eine weltweite Zusammenarbeit, für die ein ge-

meinsamer Fonds Mittel und Symbol wäre, würde es ermöglichen, unfruchtbare Rivalitäten zu überwinden und ein fruchtbares und friedliches Gespräch unter den Völkern in Gang zu bringen» (51).

Es ist keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß dieser Vorschlag den Pfeiler bildet, auf den sich das in der Enzyklika vorgelegte Programm internationaler Zusammenarbeit stützt. Suchen wir die Frage zu ermitteln. Einem Bericht der Vereinten Nationen war zu entnehmen, daß sich die Rüstungs- und Verteidigungsausgaben auf der gesamten Welt 1961 auf 120 Milliarden Dollars beliefen. Diese Summe entspricht dem Wert der Exporte, die auf Weltebene im gleichen Jahr gemacht wurden, und auch der Hälfte der Kapitalanhäufung in der gesamten Weltwirtschaft. Trotzdem die im zitierten Bericht angestellten Berechnungen sich nicht verwirklicht haben, so ist bei der Zuspitzung der internationalen Spannungen doch anzunehmen, daß die Verteidigungsausgaben zugenommen und ihre relative Bedeutung in der Verwendung des Weltkapitals im wesentlichen beibehalten haben.

Im Gegensatz zu der Summe, die auf der Welt und zwar fast ausschließlich in den industrialisierten Ländern und vor allem in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion für Rüstung und Verteidigung ausgegeben wurde, betrug der Nettozufluß an offiziellen Geldmitteln aus den industrialisierten Ländern (die Länder Osteuropas inbegriffen) in die Entwicklungsländer und multilateralen Kreditinstitutionen 1961 ungefähr 6000 Millionen Dollars<sup>7</sup>, d. h. etwas mehr als 5 % der Rüstungsausgaben der Welt. Während diese letzteren sich steigerten, hielt sich der öffentliche internationale Aufwand für die Entwicklung auf der gleichen Zahlehöhe.

Um die relative Bedeutung der Ausgaben für die Verteidigung und derer für die Entwicklung zu ermitteln, kann man die für diese Zwecke bestimmten Summen mit dem Bruttonationaleinkommen der industrialisierten Länder vergleichen, unter Ausschluß der osteuropäischen Staaten, für die keine Angaben vorliegen. Aus diesen Vergleichen ergibt sich, daß die Rüstungs- und Verteidigungsausgaben in den Vereinigten Staaten, Westeuropa, Kanada und Japan ungefähr 8 % des Bruttonationaleinkommens dieser Länder betragen. Die offiziellen Geldmittel hingegen, die sie für die Zusammenarbeit zur Entwicklung der weniger fortgeschrittenen Länder aufwenden, betragen weniger als 1 % des Bruttonationalproduktes.<sup>8</sup> Vom Stand-

punkt der Entwicklungsländer aus beträgt die Unterstützung, die sie von außen erhalten, ungefähr 3 Dollars im Jahr pro Einwohner und weniger als 2 % ihres Bruttonationaleinkommens. Das ist ein zweifellos sehr geringer Beitrag, der ihre Wachstumsrate nicht erheblich zu beschleunigen vermag.

Es rechtfertigt sich somit die Bemerkung, die in einem neueren Bericht der Weltbank gemacht wird: «Die Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums der weniger entwickelten Länder nehmen unter den öffentlich genannten Zielen sozusagen aller Industrieländer einen wichtigen Platz ein... Trotzdem besteht in vielen Fällen ein beträchtlicher Unterschied zwischen der proklamierten Politik und der praktischen Verwirklichung.»<sup>9</sup>

Es ist interessant, zu berechnen, was eintreten würde, wenn man den Vorschlag Pauls VI. in bezug auf die Errichtung eines großen Weltfonds, der durch Einsparungen an der Rüstung gespiesen würde, in die Tat umsetzte. Falls die internationale Gemeinschaft für die Mitarbeit am Fortschritt der unterentwickelten Welt während eines Jahrzehnts jährlich 120 Milliarden Dollars aufbringen würde, also einen Betrag, der dem entspräche, der 1961 für Verteidigung und Rüstung ausgegeben wurde, so würden ganz bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Auf Grund gewisser grundlegender Wirtschaftsberichte<sup>10</sup> ergibt sich, daß die Bevölkerung der unterentwickelten Welt von heute 2 400 Millionen Menschen bis 1977 auf 3 070 Millionen anwachsen wird und daß mit einer internationalen Hilfe im genannten Betrag das mittlere Lebensniveau dieser Bevölkerung von 150 Dollars im Jahre 1967 auf 450 Dollars im Jahre 1977 ansteigen würde. Dies wäre eine mittlere Vermehrung des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung von mehr als 10 % jährlich. Auf dieser Basis wären, eine vernünftige gleichmäßige Verteilung des Einkommens vorausgesetzt, der Hunger und die andern Hauptübel, die die Unterentwicklung begleiten, in schönem Maße aus der Welt geschafft. Wenn die internationale Hilfe in gleichem Maße weiterdauern würde, so könnte man sich bis zum Ende des Jahrhunderts in allen Ländern des Planeten einer allgemeinen Prosperität erfreuen. Die heutige unterentwickelte Welt würde dann in die Lage versetzt sein, selbständig zu wachsen, und die Finanzen, die die entwickelten Länder während des ganzen letzten Drittels des zwanzigsten Jahrhunderts zu diesem Unternehmen beigesteuert hätten, würden ungefähr 3 % des Bruttonationalproduktes darstellen,

das während der gesamten Periode erzielt wurde, sofern man in Rechnung stellt, daß beim zu erwartenden Wachstum ihrer Wirtschaften der Betrag der Hilfe auf der gleichen Höhe gehalten würde.

Es handelt sich zweifellos um ausschließlich theoretische Berechnungen. Ob sie in die Praxis umgesetzt werden können, hängt von der internationalen politischen Lage ab, die offensichtlich einer vernünftigen und realistischen Behandlung der heutigen Probleme immer ferner steht. Trotzdem können sie dazu dienen, uns ermessen zu lassen, welche Bedeutung dem Vorschlag Pauls VI. bezüglich der Errichtung eines großen Weltfonds aus den durch Abrüstung eingesparten Mitteln zukommt. Auch beleuchten sie die effektive Möglichkeit, die Unterentwicklung, die die große Mehrheit des Menschengeschlechtes bedrängt, rasch zu überwinden. Solange man nicht den Weg der Abrüstung einschlägt, wird die internationale Zusammenarbeit für die Entwicklung selbstverständlich auf ihrem bescheidenen heutigen Stande dahinsiechen, da es nicht möglich erscheint, gleichzeitig eine gewaltige Anstrengung für die Entwicklung und für die Kriegsrüstung auf sich zu nehmen. Als Beispiel genügt der heutige Stand der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten, die zu einem schönen Teil von ihren Militärausgaben im Ausland beeinträchtigt wird, und die Tatsache, daß dieser Faktor dazu zwingt, die Mittel zugunsten der Zusammenarbeit zur Entwicklung der weniger fortgeschrittenen Länder einzuschränken. Es handelt sich auf politischer Ebene um einen dieser typischen «Teufelskreise», die die Wirtschaftswissenschaftler auf der Ebene der wirtschaftlichen Entwicklung zu konstatieren pflegen: Die Rüstungs- und Verteidigungsausgaben sterilisieren eine bedeutende Menge von Finanzen und reduzieren die Entwicklungshilfe aufs äußerste, und weil dadurch eine massive Anstrengung zum Wirtschaftswachstum auf Weltenebene verhindert wird, bleibt die Unterentwicklung bestehen, aus der sich die gebieterischen politisch-militärischen Spannungen ergeben, die das Rüstungswettrennen hervorgerufen.

Die Fortschritte, die seit dem Ende des letzten Weltkriegs in der praktischen Anwendung der internationalen Entwicklungshilfe erreicht wurden, und die Schaffung geeigneter Mechanismen zur internationalen Zusammenarbeit wie die Weltbank, die amerikanische Bank für Entwicklung (BID), das interamerikanische Komitee für die Allianz für den Fortschritt (CIAP), das Hilfskomitee für die Entwicklung (DAC), die Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und

die Entwicklung (OECD), die verschiedenen Büros der Vereinten Nationen und anderer Organisationen berechtigen zur Hoffnung, daß geeignete Kanäle geschaffen werden, um ein vielfaches Volumen internationaler Hilfeleistungen für die Entwicklung wirtschaftlich zurückgebliebener Länder zu vermitteln. Das Problem ist jedoch heute nicht das der Instrumente, sondern das des Umfangs internationaler Entwicklungshilfe, dessen jetzige Grenzen soeben aufgezeigt wurden.

*b. Bedingungen der Entwicklungsdarlehen.* Wie die Enzyklika erklärt, ist es notwendig, «Beiträge festzusetzen, nicht nur nach der Großzügigkeit und dem Vermögen der einen, sondern auch nach den wirklichen Bedürfnissen und Verwendungsmöglichkeiten der anderen. Die Entwicklungsländer liefern dann nicht mehr Gefahr, von Schulden erdrückt zu werden, deren Abzahlung weitgehend ihren Gewinn verschlingt. Zinsen und Laufzeit der Anleihen könnten so geregelt werden, daß sie für beide Seiten erträglich sind: man könnte einen Ausgleich schaffen zwischen verlorenen Krediten, den zinslosen und niedrig verzinsten Darlehen und der Laufzeit der Amortisation» (54).

Der Vorschlag wird durch die Sachlage völlig gerechtfertigt. Das Total der äußeren Schuld von 97 Entwicklungsländern belief sich 1955 auf 10000 Millionen Dollars und 1965 auf 36400 Millionen. Die äußere Verschuldung ist somit in diesem Jahrzehnt jährlich um 14% gestiegen. Infolgedessen waren die Entwicklungsländer verpflichtet, einen immer größeren Teil ihrer Einkünfte aus Exporten zur Zahlung der aus ihrer äußeren Schuld sich ergebenden Verpflichtungen aufzuwenden. Der Anteil belief sich 1965 auf 9%. Dieser Durchschnitt tarnt die Situation zahlreicher Entwicklungsländer, die infolge des exzessiven Anwachsens ihrer äußeren Verschuldung ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkamen und in ernstliche innere wirtschaftliche Spannungen hineingerieten.<sup>11</sup>

Die Situation Lateinamerikas ist ebenso schlimm oder noch schlimmer als die der Gesamtheit der unterentwickelten Welt. Die äußere Schuld unserer Länder belief sich 1955 auf 4300 Millionen Dollars und 1965 auf 11600 Millionen. Während 1955 Lateinamerika 5% seiner Exporteinnahmen zur Zahlung der aus seiner äußeren Schuld erwachsenen Verpflichtungen aufwandte, war 1965 das Verhältnis auf 15% angestiegen.

Die Hauptursache dieser Sachlage ist die Struktur des Außenhandels der Entwicklungsländer oder der von den großen Industriezentren entfernten

Länder. Es ist so, wie die Enzyklika sagt: «Die hochindustrialisierten Nationen exportieren vor allem Fertigprodukte, während die unterentwickelten Wirtschaften nur Agrarprodukte und Rohstoffe verkaufen können» (57). Bekanntlich wachsen die Weltexporte von Lebensmitteln und Rohstoffen viel langsamer als die Weltexporte von Fertigfabrikaten. Zwischen 1930 und 1960 wuchsen die ersteren (unter Ausschluß des Erdöls) um 15 % und die letzteren um 105 %. Diese Tendenzen gehen auf verschiedene Ursachen zurück. Die erste und wichtigste ist die, daß die Zusammensetzung der Nachfrage sich in dem Maße ändert, als die Lebensniveaus der Bevölkerung und die Wirtschaftskraft der Nationen steigen. Zum Beispiel verbraucht man relativ weniger Getreide und verlangt man um so mehr nach Autos, chemischen Produkten, mechanischen Apparaten und Ausrüstungen. Infolgedessen wachsen die Produktion und der Handel von Industrieprodukten auf der Welt viel rascher als Erzeugung und Handel von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Der technische Fortschritt hat auch dazu beigetragen, den Verbrauch an Primärerzeugnissen relativ zu vermindern und diese durch synthetische Produkte zu ersetzen sowie eine größere Produktivität in der Versorgung mit Rohstoffen zu ermöglichen. Alle diese Tendenzen, die dem Entwicklungsprozeß selbst innewohnen, wurden verstärkt durch die protektionistische Politik, die die Industrieländer betreiben, um ihre eigene Produktion von Getreide, Fleisch und andern Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu fördern. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel wuchsen die Importe der wichtigsten Primärerzeugnisse (Kaffee, nicht eisenhaltige Mineralien, Textilfasern usw.) zwischen 1930 und dem Ende der fünfziger Jahre um 17 %, während der eigene Verbrauch derselben Güter um 35 % zunahm. Die Eigenproduktion vermag somit die Nachfrage in immer größerem Maß zu decken.<sup>12</sup>

So begreift man, daß die peripheren Länder, die auf die Primärproduktion spezialisiert sind, einen langsameren Wachstumsrhythmus ihrer Exporte zu verzeichnen haben. Andererseits wachsen ihre Importe rasch, da sich diese aus Industriegütern zusammensetzen, die sie für ihre Entwicklung und zur Aufrechterhaltung ihres Lebensniveaus unbedingt benötigen. Die Folge dieser gegenläufigen Tendenzen zwischen ihren Exporten und Importen ist die wachsende äußere Verschuldung, in die man gerät, wenn die eigenen Vorräte an Devisen nicht zur Deckung der hauptsächlich Importe ausreichen. Die äußere Verschuldung belastet die

Handelsbilanz der Entwicklungsländer in immer stärkerem Maße, weil die internationalen Anleihen teurer und kurzfristiger geworden sind. Dazu spielte der Umstand mit, daß der Anteil der zu nicht kommerziellen Bedingungen erhaltenen Geldmittel zurückgeht und die kurz- und mittelfristigen Darlehen, die gebraucht werden, um die Exporte von Fertigfabrikaten aus den Industrieländern zu fördern, immer mehr ins Gewicht fallen. In bezug auf diesen letzten Punkt verdient bemerkt zu werden, daß in Lateinamerika für 47 % der gesamten äußeren Schuld der Verfallstermin weniger als fünf Jahre beträgt.

Man wird auf diese Fragen stoßen, wenn wir weiter unten auf die Vorschläge der Enzyklika in bezug auf die Handelspolitik eingehen.

*c. Wirtschaftliche Integration.* Das Rundschreiben spricht die Hoffnung aus, «daß die Entwicklungsländer ihre Nachbarschaft dazu nutzen werden, um nun auf einer breiteren Basis gemeinsame Entwicklungszonen zu schaffen mit gemeinsam erarbeiteten Programmen, koordinierten Investitionen, mit verteilter Produktion und organisiertem Austausch» (64). Dieser Vorschlag trifft sich mit den Schlußfolgerungen, zu denen die moderne Analyse der Entwicklungsprobleme gelangt, wonach die Bildung gemeinsamer Märkte von Entwicklungsländern einen positiven Beitrag leistet zu einem rationelleren Einsatz der verfügbaren Mittel und zur Beschleunigung der Entwicklungsrate. Die Koordinierung ihres Vorgehens in bezug auf die übrige Welt stärkt gleichzeitig ihre Verhandlungsposition. Die wirtschaftliche Integration erhält ein einzigartiges Gewicht als Instrument zur Förderung der industriellen Entwicklung insbesondere jener Basisindustrien, die nur auf breiter Grundlage wirkungsvoll tätig sein können.

Lateinamerika ist dasjenige Entwicklungsgebiet, in dem die wirtschaftliche Integration, auch wenn sie noch bescheiden bleibt, zu größerer Bedeutung gelangt ist. Es ist interessant zu beobachten, daß die Vorschläge der Enzyklika sich nicht nur auf die kommerziellen Aspekte der Integration («organisierter Austausch») beschränken, sondern auch andere wichtige Aspekte berücksichtigen, wie z. B. die Koordinierung von Umstellungen. Alle diese Punkte werden in Lateinamerika intensiv erörtert, insbesondere im Zusammenhang zwischen den nationalen Bestrebungen jedes einzelnen Landes und der Gesamtentwicklung der Region.<sup>13</sup> Die Klärung dieser Punkte ist von entscheidender Wichtigkeit zur Erhellung des Weges, der innerhalb der gesamten lateinamerikanischen Wirtschaft zur Stär-

kung der nationalen Entwicklung jedes Landes führt. Die Vorschläge des Rundschreibens tragen sodann dazu bei, diese Aufgabe der Klärung zu aktivieren und dazu anzuspornen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Entwicklung und die Integration fördern.

*d. Handelspolitik.* Wie die Enzyklika schreibt, sind «im Austausch zwischen entwickelten und unterentwickelten Wirtschaften die Bedingungen zu verschieden und die tatsächlichen Freiheiten zu ungleich». Um diesen Übelstand zu beheben, schlägt sie vor, internationale Abkommen von genügend weitem Umfang abzuschließen: diese «können allgemeine Normen zur Regulierung gewisser Preise festsetzen, gewisse Produktionen sichern und gewisse sich im Aufbau befindliche Industrien stützen» (61).

Auf diesem Gebiet regt die Enzyklika an, Abkommen in bezug auf Grundprodukte zu treffen oder zu erweitern und die Handelspolitik der Industrieländer in bezug auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu liberalisieren und den Exporten von Manufakturwaren aus den Entwicklungsländern Präferenzen einzuräumen.

«Die armen Völker bleiben immer arm, die reichen werden immer reicher.» Wie die Enzyklika sagt, ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß «die hochindustrialisierten Nationen vor allem Fertigprodukte exportieren, während die unterentwickelten Wirtschaften nur Agrarprodukte und Rohstoffe verkaufen können» (57). Wir müssen uns fragen, ob der Nachteil dieser besonderen Lage der wenig entwickelten Wirtschaften innerhalb der internationalen Arbeitsteilung einfach auf die restriktive Handelspolitik der Industrieländer oder auf tiefere Ursachen zurückgeht. Selbstverständlich erschwert diese Politik das Problem, jedoch die Grundursache dafür, daß die einen Völker «immer reicher werden», während die anderen «immer arm bleiben» liegt darin, daß die unterentwickelten Völker auf die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen festgelegt sind. Es wurde im Vorhergehenden darauf hingewiesen, daß die technischen Fortschritte und die Wandlungen in der Zusammensetzung der Nachfrage zur Folge haben, daß die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen viel weniger rasch wächst als die Industrieproduktion. Wer sich auf Primärerzeugnisse spezialisiert und die Sekundärproduktion vernachlässigt, wird zwangsläufig arm bleiben, während die Länder, in denen die Industrie die dynamische Rolle spielt, die ihr in der gesamten modernen Wirtschaft zukommt, immer schneller zu Wachstum und Wohlstand ge-

langen. Die möglichen Ausnahmen von diesem Prinzip stellen seine Gültigkeit für die Gesamtheit der Entwicklungsländer nicht in Frage. Es würde auch nicht genügen, eine gewisse industrielle Entwicklung in den kleineren Zweigen handwerklicher Produktion zu erreichen. Der Impuls der modernen industriellen Entwicklung beruht im Grunde auf der sogenannten Schwerindustrie (mechanische Industrie, Großchemie, Papier und Zellulose usw.). Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wuchs zwischen 1948 und 1961 die Weltproduktion der Schwerindustrie um 225 % und die der Leichtindustrie (Lebensmittel und Getränke, Textilien, Schuhwaren usw.) um 168 %.<sup>14</sup> Die Zusammensetzung des Welthandels an Manufakturwaren zeigt ähnliche Tendenzen. Nach Informationen, die eine längere Periode umfassen (1899 bis 1959), stellten die Exporte der Hauptzweige der Schwerindustrie (Metall-, Maschinenindustrie, chemische Industrie) 1899 39 % des gesamten Welthandels an Fertigfabrikaten dar; 1929 waren es 50 % und 1959 71 %.<sup>15</sup>

Sodann ist zu bemerken, daß die Inkorporierung der Schwerindustrie die unerläßliche Voraussetzung dafür ist, daß man hohe Wachstumsraten erzielt und an den dynamischeren Sparten des Welthandels partizipieren kann. Und da der technische und wissenschaftliche Fortschritt stark mit der industriellen Basis eines Landes und mit der Bedeutung zusammenhängt, die die Industrien von größerer Kapitalkraft und Technisierung in ihr spielen, ist es verständlich, daß es von der Expansion der Schwerindustrie abhängt, ob man die Fortschritte des modernen Wissens herbeizuführen und zu assimilieren vermag.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß eine liberalere Politik der Industrieländer in bezug auf ihre Nahrungsmittel- und Rohstoffimporte aus den Entwicklungsländern bedeutend dazu beitragen würde, deren wirtschaftliches Wachstum zu erleichtern. In der Praxis wird es sich zwar als schwierig erweisen, Fortschritte in dieser Richtung zu erzielen. Wie das Ergebnis der jüngst in Genf abgehaltenen Verhandlungen der «Kennedy-Runde» innerhalb des GATT zeigt, liegen von 44 000 Millionen Dollars, um die die Weltexporte begünstigt werden, nur 1 000 Millionen im Interesse der peripheren Länder. Wie aufgezeigt worden ist, spielt sich der Welthandel immer mehr unter den reichen Ländern, das heißt in den hochindustrialisierten Ländern ab.

Auch wenn die von seiten der Industrieländer vorgeschlagene Liberalisierung zur Wirklichkeit

würde, so änderten sich auf jeden Fall die tiefen Tendenzen der modernen Wirtschaftsentwicklung, die auf eine relative Abnahme der Primärproduktion hinausläuft, nicht. Infolgedessen hängt die Überwindung des stets größeren Abstands zwischen den armen und den reichen Ländern im Grunde davon ab, ob die Produktionsstruktur der armen Länder verändert wird und ob die industrielle Tätigkeit und vor allem die Basisindustrien rasch ausgeweitet werden. Wohlverstanden: es geht nicht darum, die entscheidende Bedeutung zu verkennen, die der Ausweitung der Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion für die Entwicklungsländer zukommt, sondern darum, das innere Angebot dieser Länder wie ihre Exporte zu steigern. Im Gegenteil, es ließe sich kein kräftiger industrieller und allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung in den peripheren Ländern denken ohne eine substantielle Verbesserung des Ernährungsniveaus und der Versorgung mit agrarischen und mineralischen Rohstoffen. Dies erheischt zwangsläufig eine rasche Steigerung der Primärproduktion und der industriellen Produktion zugleich. Es geht darum, die geschichtlich erwiesene Tatsache anzuerkennen, daß die Überwindung des wirtschaftlichen Rückstands, in dem sich zwei Drittel der Menschheit befinden, sich mit der traditionellen internationalen Arbeitsteilung zwischen Industrieländern und Ländern mit Primärproduktion nicht vereinbaren läßt. Nur vermittels einer raschen Änderung der Produktionsstruktur und der wirtschaftlichen Expansion der peripheren Länder lassen sich der Welthandel und die Weltfinanzen umstrukturieren, so daß diese Länder als gleichberechtigte Partner an einer Welt partizipieren können, die durch den schwindelerregenden Fortschritt der Wissenschaft und Technik immer interdependent wird.

Die Vorschläge der Enzyklika in bezug auf den Handel sind meiner Ansicht nach im weiteren Zusammenhang ihres ganzen Programms zur Behebung der Unterentwicklung zu interpretieren. Und dieses Programm stützt sich auf das grundlegend Wichtige: auf die Anstrengungen, die jedes Land zu unternehmen hat, um seine Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen von Grund auf zu ändern und zu modernisieren, und auf die Mitarbeit der entwickelten Länder an dieser Aufgabe, indem sie ihre finanzielle und technische Beihilfe intensivieren. Wie wir sahen, bilden die «Errichtung eines großen Weltfonds, der durch einen Teil der für militärische Zwecke ausgegebenen Gelder aufgebracht werden sollte» (51), und die Angleichung

der Darlehen und Beiträge an die Lage der «armen» Länder die Hauptpfeiler des Programms zu internationaler Entwicklungshilfe.

#### 4. Die Grundsätze des Programms zu internationaler Zusammenarbeit

Gemäß der Enzyklika konzentrieren sich die Grundsätze, von denen die internationale Zusammenarbeit zur Entwicklungshilfe beseelt sein muß, in zwei Hauptpunkten: die Notwendigkeit der eigenen Anstrengung und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

a. *Die eigene Anstrengung.* Hierüber sagt die Enzyklika: «Garantien für eine geplante und wirksame Verwendung könnten gegenüber den Geldgebern übernommen werden, damit das Kapital in Übereinstimmung mit den beschlossenen Plänen und mit einem vernünftigen Maß an Wirksamkeit angelegt wird. Denn es kann sich nicht darum handeln, Bequemlichkeit und Ausbeutung zu unterstützen» (54). Und an einer andern Stelle führt sie das Wort des hl. Paulus an: «Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen» (18). Das Rundschreiben verkennt zwar nicht, daß die Entwürdigung des Menschen durch die Unterentwicklung einen solchen Tiefpunkt erreicht haben kann, daß die von dieser Situation betroffenen Menschen keine Möglichkeit haben, sich selbst daraus zu befreien. Es gibt Gegenden, «in denen die tägliche Existenzsorge das gesamte Dasein der Familien in Beschlag nimmt, so daß es unmöglich ist, eine Aufgabe zur Vorbereitung einer besseren Zukunft in Angriff zu nehmen. Aber gerade diesen Männern und Frauen muß man helfen; sie muß man überzeugen, daß sie selbst ihr Vorankommen in die Hand nehmen und schrittweise die Mittel dazu erwerben müssen» (55).

Die Enzyklika stellt sodann die deutliche Forderung auf, daß es der eigenen Anstrengung zur Entwicklung bedarf, wobei sie jedoch nicht die allzu einfache Erklärung übernimmt, wonach der Rückstand auf die eigene Trägheit zurückgeht. Auf der anderen Seite ist es klar und an Stellen der Enzyklika, die in diesem Aufsatz nicht eigens behandelt werden, angetönt, daß die Mahnung, sich selbst anzustrengen, hauptsächlich an jene Gruppen gerichtet ist, die durch ihren politischen Einfluß und ihre Verflochtenheit mit den in die Unterentwicklung eingewurzelten Strukturen und Interessen jedes Bemühen um einen durchgreifenden Wandel lähmen. In diesen Fällen lassen sich auch die von außen erhältlichen Hilfsmittel nicht wirksam einsetzen, so daß das Programm internationaler Zu-

sammenarbeit zur Entwicklung um seine Durchschlagskraft gebracht wird.

b. *Anerkennung der Selbstbestimmung.* Die Enzyklika sagt: «Die Empfänger könnten verlangen, daß man sich nicht in ihre Politik einmischt und ihre Sozialstruktur nicht in Unordnung bringt. Sie sind souverän, und es ist ihre Sache, die eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, ihre Politik selbst zu bestimmen, sich frei einer Gemeinschaft ihrer Wahl anzuschließen. Es geht also darum, eine freie Zusammenarbeit zustande zu bringen, eine wirksame Partnerschaft auf der Basis einer Gleichberechtigung, um eine menschlichere Welt zu bauen» (54). Und weiter unten fügt sie hinzu: «Wir müssen erreichen, daß eine immer wirksamer werdende weltweite Solidarität es allen Völkern erlaubt, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen» (65). Und sie wünscht, daß der Tag komme, «an dem die internationalen Beziehungen von gegenseitiger Achtung und Freundschaft geprägt sind, von gegenseitiger Zusammenarbeit, vom gemeinsamen Aufstieg, für den sich jeder verantwortlich fühlt» (65).

Den angeführten Stellen ist zu entnehmen, daß nach Ansicht der Enzyklika die äußere Hilfe keinem Land die Freiheit nehmen darf, seine Gesellschaftsform zu wählen<sup>16</sup> sowie seine Entwicklungsstrategie zu planen und sie ohne äußere Einmischung in die Tat umzusetzen. Beide Aspekte des Selbstbestimmungsprinzips sind von großer Wichtigkeit für die innere Stabilität jedes Landes und für den Frieden auf internationaler Ebene. Wenn die industrialisierten Länder, die die Hilfe gewähren, sich anmaßen würden, Bedingungen hinsichtlich der institutionellen und politischen Organisation der mit der Hilfe bedachten Länder zu stellen, käme es in diesen zu ernsthaften Spannungen und Widerständen und zu einer Reaktion anderer Großmächte, die andere ideologische und politische Grundsätze vertreten. Unter solchen Umständen würde die internationale Zusammenarbeit nicht nur die innere Stabilität der Entwicklungsländer und den Frieden nicht stärken, sondern neue

Ursachen von Unstabilität und Konflikten jeder Art schaffen. Das gleiche würde geschehen, wenn die die Hilfe gewährenden Länder und Organismen sich anmaßen, über die Prioritäten zu entscheiden, denen gemäß die gewährten Hilfen zu verwenden wären. Im Gegenteil müssen solche Prioritäten sich aus den nationalen Aspirationen jedes Landes ergeben, sowohl was den Typus der gewünschten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur als auch was die Stellung betrifft, die es in der internationalen Ordnung erstrebt. Die Ergebnisse werden an den Tag bringen, ob der gewählte Weg die volle Entwicklung des betreffenden Landes am wirksamsten ermöglicht oder nicht. Damit bestreite ich selbstverständlich nicht das Prinzip der eigenen Anstrengung, auf das im vorhergehenden Abschnitt hingewiesen wurde, und das der wirksamen Verwendung der erhaltenen Mittel bei jedem Projekt oder Programm, das mit Hilfe von außen finanziert und entwickelt wurde.

Um die Gefahr zu vermeiden, daß die von einem Land einem andern Staat bilateral gewährte Hilfe die Selbstbestimmung des Landes, dem die Unterstützung zukommt, antastet, schlägt die Enzyklika vor, die internationale Entwicklungshilfe multilateral zu gestalten. «Eingebettet in Programme weltweiter Zusammenarbeit, wären sie (die Hilfsverträge) über jeden Verdacht erhaben. Das Mißtrauen der Empfänger würde dadurch abgebaut. Sie bräuchten sich weniger vor manchen Äußerungen eines sogenannten Neokolonialismus zu fürchten, der unter dem Schein finanzieller und technischer Hilfe politischen Druck und wirtschaftliches Übergewicht ausübt, um eine Vormachtstellung zu verteidigen oder zu erobern» (52). Es bleibt nur hinzuzufügen, daß die Länder, denen die Hilfe zukommt, an der Administration dieses «Programms weltweiter Zusammenarbeit» mit gleichem Recht beteiligt sein sollten wie die Länder, die diese Hilfe gewähren. Dies ist selbstverständlich eine wichtige Voraussetzung dafür, daß das von der Enzyklika angestrebte Ziel auch erreicht wird.

<sup>1</sup> Die am Ende der Zitate aus der Enzyklika in Klammer angeführten Ziffern entsprechen der Numerierung der einzelnen Abschnitte des Rundschreibens, das nach der in der Herder-Korrespondenz 21 (1967) 218–230 veröffentlichten Fassung zitiert wird. Die Anmerkungen werden mit hochgestellten Ziffern bezeichnet.

<sup>2</sup> UNCTAD: *Análisis de las tendencias del comercio mundial* (New York 1964).

<sup>3</sup> ebd.      <sup>4</sup> ebd.

<sup>5</sup> UNCTAD: *Estudio sobre el comercio internacional y el desarrollo* (New York 1966).

<sup>6</sup> Vereinte Nationen: *Consecuencias económicas y sociales del desarme* (New York 1962).

<sup>7</sup> Weltbank: *Jahresbericht 1965–1966* (Washington D.C. 1966).

<sup>8</sup> 1961 0,65 %, 1966 0,5 %. Quelle ebd.

<sup>9</sup> ebd. 26.

<sup>10</sup> Es wird vorausgesetzt, daß bei den Ländern, die die Hilfe empfangen, das Verhältnis Kapital – Produkt 2 : 1 beträgt und eine beständige Nettokapitalisation von 8,3 % des Bruttonationalprodukts vorliegt. Das Bevölkerungswachstum beträgt jährlich 2,5 %.

<sup>11</sup> Weltbank aaO.

<sup>12</sup> Vereinte Nationen: Informe Económico Mundial (New York 1959).

<sup>13</sup> Zu einigen Aspekten dieser Frage kann man meinen Aufsatz vergleichen: Integración latinoamericana y desarrollo nacional: Comercio exterior, Banco Nacional de Comercio Exterior (Mexico), marzo de 1967.

<sup>14</sup> Vereinte Nationen: The growth of world industry 1948 bis 1961 (New York 1965).

<sup>15</sup> Alfred Maizels, Industrial growth and world trade (London 1963, Cambridge University Press).

<sup>16</sup> Anm. des Übers.: Die spanische Fassung (wie der Verfasser des Aufsatzes sie zitiert) und der deutsche Wortlaut der Enzyklika (wie die Herder-Korrespondenz ihn enthält) enthalten an dieser Stelle eine bedeutsame Sinnverschiedenheit. Spanische Fassung: «orientarse libremente hacia la forma de sociedad que han escogido» = «sich frei der Gesellschaftsform zuzuwenden, die sie gewählt

haben»; deutscher Wortlaut hingegen: «sich frei einer Gemeinschaft ihrer Wahl anzuschließen».

Übersetzt von Dr. August Berz

ALDO FERRER

Geboren am 15. April 1927 in Buenos Aires. Er studierte an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der nationalen Universität von Buenos Aires und doktorierte in Wirtschaftswissenschaften, ist Professor für argentinische Wirtschaftspolitik an der nationalen Universität von La Plata, seit 1961 Assessor der interamerikanischen Bank für Entwicklung. Er war 1956 Mitglied der argentinischen Delegation im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Er veröffentlichte eine Untersuchung über die Entwicklung und die gegenwärtigen Probleme der argentinischen Wirtschaft.

## Philipp Herder-Dorneich Wie kann die Kirche sozial-ethische Entschei- dungshilfen geben? <sup>1</sup>

### Zur Aufgabenstellung

Daß die Kirche in der Gestaltung des Wirtschafts- und Sozialprozesses eine wichtige Aufgabe hat, ist allgemeine Auffassung. Sie soll sozial-ethische Entscheidungshilfen geben. Nicht nur ihre Angehörigen, auch viele Außenstehende erwarten das von ihr. Diese Frage soll also im Folgenden nicht mehr diskutiert werden.

Ebenso gehe ich davon aus, daß die Kirche grundsätzlich sozial-ethische Entscheidungshilfen geben kann. Auch das scheint mir nicht mehr notwendig erörtert zu werden. Wohl aber scheint mir die Frage nach dem «Wie» bisher noch ungelöst und auch noch kaum gestellt worden zu sein. Diese Frage ist eher praktischer Natur und erscheint deswegen manchem vielleicht weniger wichtig. Andererseits aber könnte gerade die Vernachlässigung solcher praktischer Fragen Entscheidungshilfen von seiten der Kirche daran hindern, für die Gestaltung der Gesellschaft effizient zu werden.

### I. ENTSCHEIDUNG ALS AUFGABE

Wer aktiv an der Gestaltung unseres sozialen Lebens teilnimmt, sei es als Unternehmer, als Verbandsfunktionär, als Politiker oder auch als Sozial-

wissenschaftler, sieht sich immer wieder vor Entscheidungen gestellt. Entscheidungen zu treffen, ist die eigentliche Aufgabe der wirtschaftlich und gesellschaftlich Führenden; Entscheidungen treffen zu können, macht ihr Prestige aus; Entscheidungen treffen zu müssen, sie nicht an Subalterne oder an Vorgesetzte abschieben zu können, bedeutet freilich auch eine Last, eine Belastung, die das Bedürfnis nach *Entscheidungshilfen* schafft. Entscheidungshilfen helfen, die richtige Entscheidung zu finden. Sie mindern das Risiko. Sie nehmen die Entscheidung nicht ab, sondern sie erleichtern sie. Das sollten wir gleich zu Anfang ganz klar sehen: Der Entscheidungshelfer, der Entscheidungshilfen gibt, kann den Wirtschaftsführer und Politiker, der Entscheidungen trifft, nicht ersetzen. Das ist eine Erfahrung, die sich immer wieder aus dem Gespräch mit Unternehmensberatern ergibt, die ja neuerdings geradezu eine ganze Dienstleistungsindustrie und eine eigene Wissenschaft gebildet haben. Die Unternehmensberater berichten, daß viele Wirtschaftsführer und Politiker, die sie engagieren, glauben, sie könnten der Mühsal, dem Risiko und der Verantwortung der Entscheidung entgehen. Der Entscheidung entgehen kann aber nur derjenige, der seine Entscheidungsbefugnis aufgibt.

Bei der Frage, wie sie unser Thema formuliert, ist man versucht, sich auf reine sozial-ethische Entscheidungen zurückzuziehen. Man wird sie indes kaum aus der Gesamtmasse der Entscheidungen scharf herausgliedern können. Insoweit es Wirtschaft und Politik immer mit Menschen zu tun haben, sind alle ihre Entscheidungen irgendwie auch sozial-ethische Entscheidungen. Wir heben hier also z. B. nicht einzelne Entscheidungen aus dem Tageslauf etwa eines Unternehmers heraus, son-